

Informationen gemäß Art. 13 und Art. 14 DS-GVO

1. Verantwortliche/r

Bereich 4-12
Michael Bentz
Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein
Postfach 21 12 25
67012 Ludwigshafen am Rhein
Telefon: 0621 504-2968
E-Mail: michael.bentz@ludwigshafen.de

2. Beauftragte/r für den Datenschutz

Datenschutzbeauftragte/r
Stabsstelle Datenschutz
Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein
Postfach 21 12 25
67012 Ludwigshafen am Rhein
Tel.: 0621 504-2111 (Datenschutzbeauftragte/r)
Tel.: 0621 504-5137 (Sachbearbeitung)
E-Mail: datenschutz@ludwigshafen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt zum Zweck der Vorbereitenden Untersuchungen und der Erstellung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts mit möglichem Sanierungsrahmenplan im Ortskern Rheingönheims.

Rechtsgrundlagen sind die §§ 136-164 Baugesetzbuch (**BauGB**), hier insbesondere § 138 (Auskunftspflicht) § 140 (Vorbereitung) und § 141 (Vorbereitende Untersuchungen).

4. Kategorien der personenbezogenen Daten und deren Quellen

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten, die wir von Ihnen erhalten sowie die im Rahmen unserer Aufgabenerfüllung zulässigerweise erhobenen Daten.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre Daten werden an das von uns mit der Erstellung der vorbereitenden Untersuchung beauftragte Büro **Planungsgruppe Stadtbüro** in Dortmund übermittelt. Dieses unterliegt den gleichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen und wurde zu deren Einhaltung verpflichtet.

6. Übermittlung an Drittland

Eine Übermittlung Ihrer Daten an Drittländer oder internationalen Organisationen findet nicht statt.

7. Dauer der Speicherung

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten maximal bis zur Beendigung der Arbeit der Abteilung Stadterneuerung im Stadterneuerungsgebiet Rheingönheim. Danach werden diese gelöscht.

8. Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung Ihrer Daten erfolgt im Rahmen dieser Fragenbogenaktion auf Basis Ihrer freiwilligen Rücksendung des ausgefüllten Fragebogens. Eine förmliche Verpflichtung zur Auskunft gem. § 138 Abs. 1 BauGB ist für diese im Rahmen der Bürgerbeteiligung erfolgenden Fragebogenaktion nicht beabsichtigt.

9. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Es finden keine automatisierte Entscheidungsfindung oder Profiling statt.

10. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte. Diese können schriftlich vom Verantwortlichen eingefordert werden.

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, welches die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.
- Recht auf **Widerruf** der Einwilligung. Die Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten wird sofort eingestellt. Bis zum Zeitpunkt des Widerrufs bleibt die Rechtmäßigkeit der Einwilligung unberührt.
- Recht auf Datenübertragbarkeit. Die Aushändigung der zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten kann in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format verlangt werden. Weiterhin können diese Daten unter Berücksichtigung der in Art. 20 DSGVO beschriebenen Vorgaben einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden.

11. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

Postfach 30 40

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920-0

Telefax: +49 (0) 6131 8920-299

poststelle@datenschutz.rlp.de